

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Reinhold Bocklet, Renate Dodell, Karl Freller, Georg Winter, Alexander Radwan, Martin Bachhuber, Kurt Eckstein, Gertraud Goderbauer, Erika Görlitz, Hans Herold, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, Josef Miller, Heinrich Rudrof, Peter Winter** und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Renate Will, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß und Fraktion (FDP)

ESM und Fiskalpakt eng verknüpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Maßgabe der Ratifizierung des Fiskalpakts und die Erfüllung der sich aus ihm ergebenden Pflichten zukünftig als Voraussetzung für die Gewährung von Finanzhilfen durch den ESM strikt eingehalten werden.

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass einer befristeten teilweisen Kombination der beiden Rettungsschirme ESM und EFSF unter engen Voraussetzungen zugestimmt werden kann:

- Die maximale Ausleihkapazität des voraussichtlich zum 1. Juli 2012 in Kraft tretenden permanenten Rettungsschirms ESM beträgt 500 Mrd. Euro.
- Der bereits existierende temporäre Rettungsschirm EFSF wird Mitte 2013 auslaufen und greift bis dahin parallel zum ESM.
- Der internationale Währungsfonds IWF muss sich weiterhin und dauerhaft an der Eurostabilisierung beteiligen.
- Die Mittel des ESM sind gegenüber der EFSF vorrangig einzusetzen.
- Der Deutsche Bundestag muss bei der Freigabe konkreter Rettungspakete weiterhin das letzte Wort haben.
- Die Gewährung künftiger Rettungsmaßnahmen setzt voraus, dass Empfängerländer Reformen durchführen, um die Staatsverschuldung zu beseitigen.

Der Landtag erwartet abschließend, dass die Europäische Zentralbank bei allen ihren Maßnahmen der Geldwertstabilität Vorrang einräumt